



HESSISCHER LANDTAG

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Abschiebungen nach Afghanistan verhindern – Winterabschiebestopp erlassen – Kinderrechte ernst nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert die Pläne der Bundesregierung, verstärkt Menschen abzuschieben. Hiervon sind u.a. rund 13.000 Afghaninnen und Afghanen in Deutschland betroffen. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, das am 2. Oktober 2016 mit der afghanischen Regierung vereinbarte Rückführungsabkommen nicht umzusetzen. Der Landtag kritisiert, dass die Kooperation Afghanistans bei Abschiebungen offensichtlich zur Bedingung für weitere Hilfszahlungen gemacht wurde und distanziert sich von der Forderung des hessischen Innenministers Peter Beuth (CDU), die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern einzustellen, die bei Rückführungen nicht mitwirken.
2. Der Landtag stellt fest, dass Afghanistan kein sicheres Land ist. Es gibt auch keine sicheren Regionen in Afghanistan. Die Sicherheitslage und die menschenrechtliche Situation haben sich in den vergangenen Monaten weiter verschärft. Abschiebungen nach Afghanistan bedeuten Abschiebungen in existentielle Not und lebensgefährliche Umstände.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Abschiebungen nach Afghanistan sofort auszusetzen. Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Menschen aus Afghanistan einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten und ihre Familien nachholen können.
4. Der Landtag kritisiert, dass afghanischen Asylsuchenden die Teilnahme an den Integrations- und Sprachkursen des BAMF wegen angeblich fehlender „Bleibeperspektive“ verwehrt wird. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auch die landeseigenen Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache unabhängig vom Herkunftsland für alle Geflüchteten zu öffnen.
5. Der Landtag stellt fest, dass Rückführungen im Winter für Betroffene eine zusätzliche Härte darstellen. Insbesondere für Roma aus den westlichen Balkanstaaten, die vielfach von Obdachlosigkeit bedroht sind, können Abschiebungen in den Wintermonaten lebensgefährlich werden. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, Rückführungen in von kalten Witterungsverhältnissen betroffene Länder bis zum 31. März 2017 auszusetzen.

6. Der Landtag kritisiert die rigide Abschiebep Praxis der Landesregierung, die nicht davor zurückschreckt, Kinder aus der Schule heraus abzuschieben. Der Landtag erinnert die Landesregierung an die Verpflichtungen aus der Kinderrechtskonvention, wonach das Kindeswohl stets vorrangig zu beachten ist. Viele abgeschobene Kinder leiden in Folge der Abschiebung an Depressionen und posttraumatischen Belastungsstörungen. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, Kinderrechte ernst zu nehmen und keine Kinder abzuschieben, da die Abschiebung einer guten seelischen und körperlichen Entwicklung in der Regel entgegensteht.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, den 06.12.2016

Janine Wissler

Die Fraktionsvorsitzende